



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Z/XVI/184 - 17. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Adenauer - Smirnow

49

Beitrag zu einem diplomatischen Gespräch

2 - 4

Grosse Hand in kleinen Taschen

161

Fragwürdige Steuern auf den Verbrauch

Von Dr. Alex Möller,

Mitglied der Regierungsmannschaft der SPD

5

Entgleisung

47

Unwahrhaftige Angriffe gegen Bremens Schulpolitik

6

Symptomatisch?

23

Castro-Regime nicht verurteilt

6

Fast die Hälfte fehlte

29

Sind Wahlreisen wichtiger als Kabinettsitzungen?

\* \* \* \* \*

Adenauer - Smirnow

Beitrag zu einem diplomatischen Gespräch

sp - Dem Vernehmen nach hat Sowjetbotschafter Smirnow in seinem Mittwoch-Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärt, die Vorgänge in Berlin berührten Moskau nicht, da die sogenannte DDR ein "sovereigener Staat" sei und infolgedessen auf ihrem Territorium tun könne, was sie für richtig halte.

Der Bundeskanzler hat - ebenfalls dem Vernehmen nach - dem Sowjetbotschafter versichert, die Bundesrepublik werde von sich aus nichts tun, was das Verhältnis zwischen Moskau und Bonn verschlechtern könne.

Diese Art von Gespräch nennt man "Diplomatie". Da wir keine Diplomaten sind, können wir uns erlauben, zu den Erörterungen der Herren Smirnow und Adenauer einiges hinzuzufügen.

Wenn Moskau Wert darauf legt, mit der Bundesrepublik weiterhin in normalen Beziehungen zu verbleiben und wenn - wie der Bundeskanzler es andeutete - die Bundesrepublik ihrerseits nichts zu tun gedenkt, um das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau zu verschlechtern, dann gibt es eigentlich nur einen Störenfried: das ist der

Kettenhund Ulbricht.

Willy Brandt nannte ihn so auf der grossen Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, und die Berliner Bevölkerung bekundete durch ihren stürmischen Beifall, dass sie verstanden hatte, was ihr "Regierender" meint.

Herr Adenauer und Herr Smirnow, die über eine Stunde lang miteinander geredet haben sollen, werden sich also überlegen müssen, wie man den Kettenhund Ulbricht, den Störenfried des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, los wird.

Ein Kettenhund ist immer gefährlich; auch für den, der ihn angekettet hat. Man weiss aus Erfahrung, was Kettenhunde gelegentlich tun, wenn sie einmal losgelassen werden. Sie beißen dann sogar ihren eigenen Herrn ...

Ulbricht hat in den 16 Jahren seiner unumschränkten Herrschaft über die sowjetische Besatzungszone den Beweis seiner Unfähigkeit erbracht, diese einst blühenden Teil Deutschlands in Ordnung zu halten oder gar wieder zur Güte zu bringen. Die von ihm bewachten Einwohner des Landes sind zu Millionen davongelaufen.

- \* Ulbricht, von Moskau einst eingesetzt, um im Herzen Europas einen
- \* "sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat" zu begründen, hat Mos-
- \* kau entsetzlich kompromittiert. Er hat damit seine eigentliche Auf-
- \* gabe nicht erfüllt, sondern weithin sichtbar demonstriert, dass ein
- \* Kettenhund eben nicht Aufbauarbeit leisten kann.

Nach 16 Jahren bleibt den Sowjets gar nichts anderes übrig, als diesem Nichtskönner die Erlaubnis zu geben, das von ihm verwüstete Land mit Stachel dorn zu umgeben, damit jenseits der künstlichen Grenze nicht mehr Zeugnis von Versagen des Systems Ulbricht abgelegt wird.

Wir wissen nicht, ob die Herren Smirnow und Adenauer auch über diesen Aspekt des Dramas von Berlin gesprochen haben. Vielleicht haben sie daran gedacht.

Deshalb sagen wir laut, was Diplomaten vielleicht nur andeuten können: Wenn es richtig ist, dass die Herren Adenauer und Smirnow sich gegenseitig versichert haben, das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau solle nicht zugespitzt werden, dann ergibt sich daraus die Forderung:

Der Kettenhund Ulbricht muss weg!

Grosse Hand in kleinen TaschenFragwürdige Steuern auf den Verbrauch

Von Dr. Alex Möller,

Mitglied der Regierungsmannschaft der SPD

Die indirekte Besteuerung vollzieht sich geräuschlos und dabei ist sie in vielen Fällen auch ungerecht. Sie greift bei dem Verbrauchsakt unbemerkt zu, denn welcher Käufer wäre bei jedem Bissen Speise, die Salz oder Zucker enthält, und bei jedem Tropfen Kraftstoff, den sein Kraftwagen verbraucht, oder gar bei jedem Zug an seiner Zigarette sich stets dessen bewusst, dass der Staat der stille Teilhaber ist? Die öffentliche Hand fordert von Genuss und Verbrauch unverdrossen ihren Anteil, und er ist nicht gerade bescheiden, wie ein Blick auf die Steuersätze zeigt. Vom Verkaufspreis der folgenden Verbrauchsgüter nimmt der Finanzminister erhebliche Anteile für sich in Anspruch:

Zigaretten	56 Prozent	Salz	30 Prozent
Branntwein	42 Prozent	Kaffee	24 Prozent
Benzin	40 Prozent	Sekt	18 Prozent
Dieselöl	36 Prozent	Tee	17 Prozent

Ausserdem enthält der Endverkaufs- bzw. Einzelhandelspreis noch die auf den Verbraucher überwälzte Umsatzsteuer, die in den Fabrikations- und Handelsstufen mit jeweils 4 Prozent erhoben wird und sich derart auf 18,6 Prozent, 12,49 Prozent usw. (einschliesslich der Steuer von der Steuer) kumulieren kann.

Wir sind ein erhebliches Mass an Steuern gewohnt. Immerhin haben Bund, Länder und Gemeinden auch gewichtige Aufgaben zu erfüllen. Die Höhe der Staatsausgaben bemisst sich nach den zufallenden Staatsaufgaben, diese wiederum bestimmen die dafür erforderlichen Staatsentnahmen.

Seit altersher werden dabei zwei Wege beschritten, die direkte und die indirekte Besteuerung. Während die erste Verfahrensweise wegen des Abzugs unmittelbar an der Einkommensquelle durch den Arbeitgeber oder durch die Steuererklärung die Steuerlast sichtbar werden lässt, verläuft der zweite Weg vielfach unübersichtlich und verschlungen. Thomas von Aquino prägte einmal das Wort, dass Steuern Fälle darstellen, bei denen der Raub erlaubt sei. Demnach konnte schon das Mittelalter über den sogenannten Zehnten hinaus Steuersätze, die das Maß des als angemessen und erträglich Empfundener merklich überstiegen. Den heutigen Steuern sind ganz andere Dimensionen eigen. Aber nicht die Besteuerung im Motiv stösst mehr auf Widerstand: sie verleitet von dieser Warte aus kaum noch zu bilderreichen Vergleichen. Was davon übrig bleibt und was zu ernststen Bedenken Anlass gibt, ist die Verteilung der Steuerlast. Die zumuthbare Höhe der Belastung für den Einzelnen steht gerade jetzt zur Diskussion.

Verbrauchersteuer - Belastung für vielköpfige Familien

Bezieht beispielsweise ein Familienvater mit zwei Kindern ein Monatseinkommen von 900,-- DM, so zahlt er an Lohnsteuer und Kirchensteuer rund 67,-- DM bzw. 7,5 Prozent seines Einkommens. Die Belastung durch indirekte Steuern wie Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern und Zölle beansprucht dagegen etwa 16 Prozent seines Bruttolohnes, demnach schon mehr als das Doppelte dessen, was er an direkten Steuern entrichtet. Nehmen wir vergleichsweise einen kinderlos Verheirateten mit einem Monatseinkommen von 1.500,-- DM, so zahlt dieser 250,-- DM an Lohn- und Kirchensteuer; das sind 16,6 Prozent seines Bruttoeinkommens. Daraus

lässt sich unschwer ersehen, dass die indirekten Steuern bei Personen mit mittleren Einkommen den Progressionstarif der direkten Steuern weit überschreiten.

Was viele indirekte Steuern geradezu unsympatich macht, ist die Überlegung, dass vielköpfige Familien mit einem grossen Verbrauch an lebensnotwendigen Gütern und Diensten stärker von den Verbrauchssteuern und der Umsatzsteuer betroffen werden als Familien mit wenigen Köpfen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass im Gegensatz zum Prinzip der direkten Besteuerung, die nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit belastet und dabei den Maßstab der Einkommenshöhe anwendet, die Verbrauchssteuern und sonstigen indirekten Abgaben die wirtschaftlich schwächeren Schichten der Bevölkerung stärker treffen.

Betrachten wir beispielsweise die wichtigsten Ausgabenpositionen der Wirtschaftsrechnung von 1000 Arbeiterfamilien aus dem Steinkohlenbergbau, so verteilen sich die Gesamtausgaben nach Prozenten auf folgende Bedürfnisse:

Nahrungsmittel	rund	42 Prozent
Wohnung	"	17 Prozent
Kleidung	"	12 Prozent
Schulden und Zinsen	"	6 Prozent
Bildung und Unterhaltung	"	5 Prozent
Versicherungen und Beiträge	"	4 Prozent
Tabakwaren	"	3 Prozent
Verkehrsmittel	"	3 Prozent
Instandhaltung und Reinigung	"	3 Prozent
Körper- und Gesundheitspflege	"	2 Prozent
Geschenke und Spenden	"	2 Prozent
Verschiedenes	"	1 Prozent

Nach diesen Ermittlungen werden weitaus mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben für Nahrungsmittel verwandt. Im Lebensmittelbudget bilden die Ausgaben für Fleisch den wichtigsten Posten; der Milchverbrauch nimmt den dritten Platz ein. Der Verbrauch an Genussmitteln fällt nicht sonderlich ins Gewicht. Annähernd ein Sechstel der Einkünfte werden für die Wohnungen benötigt. Für Bildung und Unterhaltung werden etwa ein Zwanzigstel aufgewandt.

#### Aufschlußreiche Zahlen

Die vordringliche Verwendung des Einkommens für den lebensnotwendigen Bedarf verdeutlicht noch stärker ein Blick auf den Rentnerhaushalt von zwei bis drei Personen. Für 1959 ergeben sich hier folgende Zahlen: Mehr als 97 Prozent der Einnahmen flossen in den Verbrauch. Dabei entfielen auf den Zwangsbedarf 62,6 Prozent, nämlich für Nahrung 42,9 Prozent, Wohnung 12,6 Prozent und Heizung sowie Beleuchtung 7,1 Prozent. Reinigung und Körperpflege, Genussmittel, Bekleidung, Hausrat und Verkehr beanspruchten zusammen 31,8 Prozent. Im einzelnen betrug die Ausgaben für Nahrungsmittel, die von 1952 bis 1959 um rund zwei Drittel anstiegen, mehr als die Hälfte der Ausgaben für den Zwangsbedarf. An Aufwendungen für den Wahlbedarf beanspruchte die Bekleidung rund ein Drittel, und in gleicher Höhe entstanden Ausgaben für Hausrat und Genussmittel.

Diese wenigen Beispiele erläutern bereits, wie sehr die lebensnotwendigen Ausgaben privater Haushaltungen von den Verbrauchssteuern betroffen werden, und dies umso mehr, je unvermeidlicher der Bedarf ist. Es leuchtet jedermann ein, dass ein geringes Einkommen, das überwiegend oder fast ausschliesslich für den Zwangsbedarf eingesetzt werden muss, steuerlich umso stärker belastet wird, je kleiner es ist. Viele Verbrauchssteuern sind deshalb ungerecht.

Nehmen wir ein alltägliches Beispiel für die unsoziale Wirkung bestimmter Verbrauchssteuern: Eine nach Gewicht oder Mass erhobene Steuer, auch eine in Prozenten vom Verkaufspreis bemessene, belastet den Käufer von Waren geringeren Wertes ungleich stärker als denjenigen, der aufgrund seines höheren Einkommens eine Ware besserer Qualität erwirbt. Wer zum Beispiel Kaffee kauft, muss dafür durchschnittlich DM 4,96/kg Verbrauchssteuern (Kaffeesteuer und Zoll sowie Ausgleichsteuer) entrichten. Wählt er eine mindere Sorte von beispielsweise DM 15,-/kg, so hat er darin annähernd ein Drittel an Abgaben zu tragen, während der Käufer einer Qualitätssorte beispielsweise zu DM 22,-/kg weniger als ein Viertel, genau 22,5 Prozent, an den Staat entrichtet. Für die im Einzelhandel übliche 1/11 Flasche Weinbrand mit 38 Prozent Alkoholgehalt hat der Käufer DM 4,73 Verbrauchssteuern einschliesslich Monopolabgaben zu entrichten, gleichgültig, ob es sich um einen Markenbranntwein oder einen einfachen Trinkbranntwein handelt. Wer für die Flasche bloss DM 7,50 aufwenden kann, zahlt genau das Doppelte an Steuerlast, nämlich rund 63 Prozent, gegenüber demjenigen, der DM 15,- aufbringen kann.

### Familienfeindliche Steuern

Mit Recht weist der Bund der Steuerzahler nachdrücklich darauf hin, dass die indirekte Besteuerung, die auf allen Lebensmitteln liegt, vor allen kinderreiche Familien hart trifft, die einen im Verhältnis zum Einkommen höheren Konsumverbrauch haben. Verbrauchssteuern seien insofern familienfeindlich, und noch unsinniger müte es an, dass der Staat die so erzielten Einnahmen unter anderem dafür ausbebe, ein Familienministerium zu unterhalten, dies in der Annahme, damit eine familienfreundliche Politik zu betreiben. Davon hätten kinderreiche Familien wenig Nutzen. Ihnen wäre nur durch niedrigere Verbrauchssteuern geholfen.

Wir Sozialdemokraten gehen noch einen Schritt weiter. Unser Regierungsprogramm setzt sich für die Beseitigung verschiedener Verbrauchssteuern ein. In Zukunft sollen die Zucker-, Salz-, Essig-, Süsstoffsteuer sowie das Zündwarenmonopol entfallen; Kaffee- und Teesteuer sollen ab 1.1.1962 schrittweise abgebaut und zunächst auf den halben Steuersatz gesenkt werden.

Neben der unsozialen und familienfeindlichen Wirkung dieser Verbrauchssteuern sind die Bagatellsteuern - so genannt wegen ihres geringen Ertrages für den Steuereinnahmer - mit einem Verwaltungsaufwand behaftet, der im höchsten Mass unwirtschaftlich ist. Sie sind Ausdruck einer kameralistischen Beharrungstendenz, nämlich der Gewohnheit des Staates, einmal eingeführte Steuern beizubehalten und möglichst jede der einstmals erschlossenen Einnahmequellen über die Zeiten zu retten.

### Weg mit den Bagatellsteuern!

Im Rechnungsjahr 1958/59 brachten die Verbrauchssteuern einschliesslich der Zölle dem Fiskus je Einwohner rund 178,- DM ein. Davon entfielen auf die Kaffeesteuer rund 9,- DM, auf die Zuckersteuer etwas mehr als 3,- DM sowie auf alle Bagatellsteuern zusammen zuzüglich der Schaumwein- und der Teesteuer auch nur rund 3,- DM. Gemessen am gesamten Verbrauchssteueraufkommen waren dies ganze 8,5 Prozent.

Bewerten wir die Stellung sämtlicher Steuern im Steuersystem der Bundesrepublik, so lässt sich feststellen, dass sich das Schwergewicht des Aufkommens auf fünf Steuern konzentriert, nämlich im Jahre 1960 auf die Umsatzsteuer mit 21,7 Prozent, die veranlagte Einkommensteuer mit 13,1 Prozent, die Lohnsteuer mit 11,8 Prozent, die Gewerbesteuer mit 9,9 Prozent und die Körperschaftssteuer mit 9,5 Prozent; das sind allein 66,0 Prozent oder Zweidrittel sämtlicher Steuern. Eine Streichung der kleineren Verbrauchssteuern würde schätzungsweise einen Ausfall von nur maximal 300 Millionen DM bewirken. Deshalb sagen wir in unserem Regierungsprogramm klipp und klar: Bagatellsteuern werden abgeschafft, denn ihr Aufkommen rechtfertigt nicht einmal den Verwaltungsaufwand. + + + - 5 -

### Entgleisung

Die Schulpolitik des Stadtstaates Bremen steht seit einiger Zeit im Mittelpunkt unqualifizierter Angriffe von bestimmter klerikaler Seite. Ein Kaplan der katholischen Kirchengemeinde verstieg sich sogar zu der absurden Behauptung, der Bremer Schulsenator Dehnkamp und die SPD seien die "Testamentsvollstrecker Adolf Hitlers". Ihm wurde es gerichtlich untersagt, diese ungeheuerliche Beschuldigung, die in einem von ihm verfassten Leserbrief erschienen war, zu wiederholen. Ähnliche gehässige, vom Geist der Intoleranz und konfessioneller Unduldsamkeit geprägte Vorwürfe wurden vor längerer Zeit von der "Neuen Bildpost" erhoben. Daraufhin schickte Schulsenator Dehnkamp der "Neuen Bildpost" folgendes Schreiben zu:

"Die Behauptungen in dem von Ihnen mitgeschickten Artikel der Zeitung "Neue Bildpost" sind entweder falsch oder nur halb richtig, nämlich:

1. Die von den Nationalsozialisten in Bremen beschlagnahmten Schulgebäude sind 1951 der katholischen Kirche zurückgegeben worden, und seitdem gibt es in Bremen auch wieder katholische Privatschulen. Öffentliche katholische Schulen hat es hier auch vor 1933 nicht gegeben.

2. Nach Artikel 32 (1) der Bremer Verfassung ist festgelegt:

"Die allgemeinbildenden öffentlichen Schulen sind Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismässig nicht gebundenem Unterricht in Biblischer Geschichte auf allgemein christlicher Grundlage."

Es gab und gibt in den öffentlichen Schulen Bremens also weder katholischen noch evangelischen Religionsunterricht.

3. In der erwähnten Versammlung im Blumenthaler Rathaus habe ich auf die Anfrage eines katholischen Geistlichen geantwortet, dass die Sozialdemokraten in ihrem Godesberger Programm für die Gemeinschaftsschule eintreten. Diese Schulform sei in Bremen bereits durch die Verfassung festgelegt, so dass kein Anlass zu einer Änderung der Schulpolitik bestehe.

Soweit die Tatsachen, die für sich und nicht für den Artikelschreiber sprechen. Es ist kennzeichnend für diesen klerikalen Heckenschützen, dass er seine unwahren und haltwahren Behauptungen und Unterstellungen in einer westfälischen Zeitung veröffentlicht. In Bremen würde er nicht wagen, die bremische Schulpolitik mit der südafrikanischen Apartheid-Politik zu vergleichen oder zu behaupten, dass die Schüler der katholischen Privatschulen nur beim Schwimmen den übrigen gleichgestellt sind. Hier weiss jeder, dass die Privatschüler ebenso behandelt werden wie die Schüler an öffentlichen Schulen, denn sie erhalten alle Lernmittel unentgeltlich, sie erhalten Zuschüsse für Schulwanderungen, für Theaterbesuche usw., Aber das alles sagt der Artikelschreiber nicht."

Trotz dieser eindeutigen Klarstellung werden die Angriffe gegen die Bremer Schulpolitik fortgesetzt. Wozi das? Ist gewissen Eiferern daran gelegen, den konfessionellen Hader zu schüren und Zwietracht in den Gemeinschaften zu säen, in denen bisher Eintracht herrschte?

Symptomatisch?

sp - Es ist verständlich, wenn die deutsche Presse in der gegenwärtigen Situation ihre Aufmerksamkeit ganz auf Berlin und Deutschland konzentriert. Trotzdem sollte ein Vorgang nicht vergessen werden, der in vieler Beziehung symptomatisch ist. Im Verlauf der panamerikanischen Konferenz in Uruguay hat sich die Mehrheit der südamerikanischen Staaten geweigert, das Regime Fidel Castro pauschal zu verurteilen. Sogar in der Grundsatzresolution zum Abschluss der Konferenz wurde mit Rücksicht auf Kuba die Forderung nach freien Wahlen weggelassen. Im Hintergrund dieser in der westlichen Welt kaum erwarteten Ausganges der panamerikanischen Konferenz steht der Wunsch der südamerikanischen Staaten, einerseits zwar finanzielle Hilfe von Washington zu erhalten, andererseits jedoch nicht mit Fidel Castro zu brechen. Hier zeigt sich, dass Castros Einfluss in Südamerika wesentlich grösser ist, als man es uns in den meisten Zeitungen bisher weismachen wollte. Washington befindet sich daher in einer Zwackmühle. Die nord-amerikanische Politik will die südamerikanischen Staaten nach vielen untauglichen und vergeblichen Versuchen endgültig zu einer amerikanischen Einheit gestalten, muss aber dabei feststellen, dass Castro nicht auszuschalten ist. Über Castro geht Moskaus Arm in andere südamerikanische Staaten, was Washington nunmehr ebenso zur Kenntnis nehmen muss, wie es einst Titos Sonderstellung in Europa respektierte. In übertragenem Sinne bedeutet dies: Europa wird ebenfalls zur Kenntnis nehmen müssen, dass in Südamerika einiges in Bewegung geraten ist, was nicht mit der üblichen Schwarz-Weiss-Malerei abgetan werden kann.

+ + +

Fast die Hälfte fehlte

sp - Die Welt ist von tiefer Sorge um Berlin erfüllt. Der 13. August mit seinen noch unübersehbaren Konsequenzen eröffnete in der Geschichte der Nachkriegszeit ein neues beunruhigendes Kapitel. In erster Linie geht es zwar um Berlin, aber betroffen sind alle Deutschen und darüber hinaus auch unsere Freunde und Verbündeten. Die Sowjetunion sieht die Zeit nun gekommen, ihre Kriegsbeute für alle Zeiten abzusichern und dies unter schändlichem Missbrauch des hehren Wortes Frieden. Für das deutsche Volk schlägt die Stunde seiner Bewährungsprobe. Es wird auf vielen Ebenen ein langes und erbittertes, alle Kräfte beanspruchendes Ringen um die Selbstbehauptung geben. An alle politischen Führungskräfte sind höchste Anforderungen gestellt, es gilt das Wesentliche zu tun und das Unwesentliche zu unterlassen. - Haben wir eine Regierung, die dies erkannt und auch danach handelt? Offensichtlich nicht. Nur mit tiefer Verbitterung sei registriert: In diesen Tagen, in denen Stachelndrahtverhaue zwischen West- und Ost-Berlin errichtet werden, namenloses Leid ungezählter Familien zugefügt wird, ein infamer Rechtsbruch ohnegleichen erfolgte, das Ulbricht-Regime erbarmungslos seine Willkür die Bewohner Ostberlins und Mitteldeutschlands spüren lässt, die Ziele der russischen Deutschlandpolitik aller Welt sichtbar werden, bringt es das von Konrad Adenauer geführte Kabinett nicht einmal fertig, vollzählig zusammenzutreten. So fehlten von 16 Kabinettsmitgliedern an der gestrigen Sitzung sieben Minister, also fast die Hälfte. Wo waren sie? Zum Teil auf Urlaub (!) zum Teil auf Wahlreisen. Haben diese Minister kein Gespür für die Notlage der Nation? Besorgt vermerken viele Deutsche die zögernde Reaktion unserer Verbündeten auf den gegen Berlin gerichteten Anschlag. Zunächst aber muss das eigene Haus in Ordnung sein, man muss mit gutem Beispiel vorangehen, ehe man Vorwürfe gegen andere richtet. Der sonst auf Autorität bedachte Regierungschef ist nicht einmal in der Lage, seine Mannen bei der Stange zu halten. Wer will dagegen ansetzen, sollte die Nichtteilnahme von sieben Ministern an Kabinettsitzungen als Gleichgültigkeit ausgelegt werden? + + +